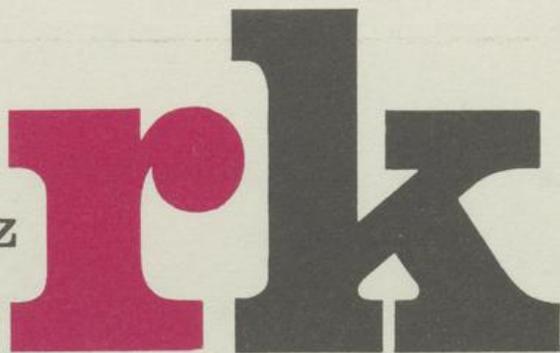


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. ~~12~~⁷ bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 12. August 1983

Blatt 2187

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Pfoch begrüßt Kinder aus Bayern im Rathaus
(grau)

Kommunal: Weitergaberecht erhöht Investitionsbereitschaft
(rosa) Wien wird im Finanzausgleich benachteiligt

Lokal: 200.000. Besucher in der Türkenausstellung
(orange) Es geschah vor 300 Jahren
Verkehrsbehinderungen durch Straßenbauarbeiten

Nur

über FS: Rundfunksendung des Bürgermeisters
Pressegespräch des Bürgermeisters
Brand im Haus der Barmherzigkeit
Hausherr wollte "Wasserzeiten" - Bürgerdienst half

.....
Bereits am 11. August 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Pfoch begrüßte Kinder aus Bayern im Rathaus

=++++

13 Wien, 11.8. (RK-LOKAL) Landtagspräsident Hubert PFOCH
begrüßte Donnerstag Mittag im Wappensaal des Rathauses 100 Kinder
aus Amberg in Bayern. Kinder aus dieser Stadt kommen bereits seit
neun Jahren regelmäßig nach Wien. Pfoch unterstrich bei diesem Anlaß
das umfangreiche Freizeitangebot, das in Wien zur Verfügung steht,
und verwies auf das umfangreiche Programm, das von der Stadt Wien in
den Ferienmonaten gestaltet und von den Kindern und Jugendlichen
gerne angenommen wird. (Schluß) and/gg

NNNN

200.000. Besucher in der Türkenausstellung

=++++

2 Wien, 12.8. (RK-LOKAL) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA begrüßte Donnerstag nachmittag den 200.000. Besucher der Türkenausstellung im Künstlerhaus, den neunjährigen Peter UNGER aus Liesing. Mrkvicka überreichte ihm zwei Türkenfiguren und ein Buch. Peter spielt beim heurigen Wiener Ferienspiel mit und war dabei auch zum "Treffpunkt Türkenzelt", einer Ferienspiel-Station, gekommen, um sich seine Marke für die Teilnahme an der Ferienspiel-Schlußveranstaltung zu holen.

"Treffpunkt Türkenzelt" heißt es beim Wiener Ferienspiel noch am 18. August von 10 bis 18 Uhr im Künstlerhaus.

Die Ausstellung über die Türken vor Wien ist noch bis 30. Oktober täglich (auch Samstag, Sonn- und Feiertag) von 10 bis 18 Uhr (Einlaß bis 17.30 Uhr) geöffnet. (Schluß) and/jh

NNNN

Es geschah vor 300 Jahren

Utl.: Aus Augenzeugenberichten von der Türkenbelagerung 1683

=++++

3 Wien, 12.8. (RK-LOKAL) Die Belagerung Wiens durch die Türken vom 13. Juli bis 12. September 1683 war für die Bevölkerung der Stadt ein einschneidendes Ereignis. Die "RATHAUSKORRESPONDENZ" informiert bis 14. September täglich in einer vom Wiener Stadt- und Landesarchiv zur Verfügung gestellten Kurzfassung über die wichtigsten Geschehnisse während der Belagerung. In der vom Landesarchiv präsentierten Ausstellung "Erinnerungen an das Türkenjahr 1683" (Rathaus, Lichtenfelsgasse 2, Stiege 6, 1. Stock) wird eine Sondervitrine unter dem Titel "Es geschah vor 300 Jahren" täglich neu gestaltet.

FREITAG, 13. AUGUST 1683

Die Bedrängnis der Stadt steigerte sich immer mehr, von dem heranrückenden Entsatzheer fehlte jede Nachricht. So wurde neuerdings jemand durch das Türkenlager zum Herzog von Lothringen gesendet. Es meldete sich der Hofkurier und Dolmetsch Georg Franz Kolttschitzky, der zuletzt in der Leopoldstadt ansässig gewesen war. Um 11 Uhr nachts verließ er verkleidet mit seinem Diener während eines heftigen Gewitters zunächst des Schottentors durch das versteckte Ausfallstor die Stadt.

Die Bäcker bekamen Verweise für ihr schlechtes Brot. Die Ruhr griff bereits in erschreckender Weise um sich. (Schluß) am/gg

NNNN

Verkehrsbehinderungen durch Straßenbauarbeiten

=++++

6 Wien, 12.8. (RK-LOKAL) Ab kommenden Dienstag wird es in Wien infolge von Straßenbauarbeiten einige Verkehrsbehinderungen geben. So kann man wegen Bauarbeiten auf dem Mexikoplatz von der Reichsbrücke kommend nicht rechts zum Handelskai abbiegen. Es gibt eine lokale Umleitung über Vorgartenstraße - Walcherstraße - Engerthstraße - Haussteinstraße zum Handelskai. Wer den Handelskai stromabwärts fährt und in die Lassallestraße will, muß die Umleitung in umgekehrter Richtung benützen. Die Bauarbeiten werden bis Ende August dauern.

In der Lassallestraße stadteinwärts wird ein neuer Fahrbahnbelag aufgebracht, wodurch für eine Woche nur eine Fahrspur zur Verfügung steht.

Ebenfalls ab Dienstag früh ist die Abfahrt von der Nordbrücke zum Handelskai gesperrt. Diese Arbeiten stehen im Zusammenhang mit der Fertigstellung des Nußdorfer Knotens. Hier muß man einen weiteren Umweg in Kauf nehmen: Donaukanal-Schnellstraße - Muthgasse - Heiligenstädter Brücke - Lorenz-Müller-Gasse - Adalbert-Stifter-Straße - Friedrich-Engels-Platz - Handelskai. Die Sperre dauert bis 26. August. Die Möglichkeit, vom Handelskai auf die Nordbrücke aufzufahren, bleibt bestehen.

Wegen der Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage in der Gumpendorfer Straße müssen die Fahrbahnen durch Bohrpfähle abgesichert werden. Dadurch kommt es ab 27. August vor dem Kreuzungsbereich mit der Schadekgasse und der Kaunitzgasse zu einer Einengung auf eine Fahrspur. Der wechselweise Einbahnverkehr wird etwa eine Woche lang durch Polizeiposten geregelt. (Schluß) sc/ap

NNNN

Weitergaberecht erhöht Investitionsbereitschaft

Utl.: Hofmann besuchte "Siedlungs-Union"

=++++

7 Wien, 12.8. (RK-KOMMUNAL) Die Verankerung eines Weitergaberechts und damit die Sicherheit, Investitionen nicht zu verlieren, erhöht wesentlich die Bereitschaft, Instandhaltung- und Verbesserungsarbeiten in Haus und Wohnung durchzuführen. Dies zeigt das Beispiel der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft "Siedlungs-Union", der Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN dieser Tage einen Besuch abstattete. Die "Siedlungs-Union" übernahm vor fünf Jahren rund 750 Siedlungshäuser der Gemeinde Wien im 22. Bezirk ins Baurecht. Die Mieter wurden dadurch vollberechtigte Genossenschaftler mit dem in den Satzungen verankerten Weitergaberecht für ihre Wohnungen. Die Bereitschaft, mit eigenen finanziellen Mitteln zur Verbesserung und Instandsetzung der Häuser beizutreten, ist seither sprunghaft gestiegen. Auch in größeren Wohnhausanlagen der "Siedlungs-Union" wurden in letzter Zeit aufgrund freiwilliger Vereinbarungen mit den Genossenschaftsmitgliedern Renovierungsarbeiten über den Erhaltungsbeitrag hinaus durchgeführt.

Hofmann: "Die Erfahrungen der Siedlungs-Union zeigen, daß durch ein Weitergaberecht, wie es auch bei der Dachgeschoßaktion zum Tragen kommen wird, die Vorteile des Wohnungseigentums erreicht werden, ohne daß man auch dessen Nachteile in Kauf nehmen muß. Mir erscheint das Weitergaberecht als modifizierte Form des Wohnungseigentums ein gangbarer Weg für die Zukunft."

Hofmann informierte sich bei seinem Besuch in der Siedlungs-Union über den Stand der Renovierungsarbeiten in den alten Siedlungen sowie über einige Neubauprojekte im 22. Bezirk. Genossenschaftsobmann Johann KUFNER führte durch die Anlagen. Am Biberhaufenweg und in Süßenbrunn entstehen derzeit neue Reihenhaussiedlungen im Rahmen des Siedlungsprogrammes der Stadt Wien. (Schluß) ger/jh

Wien wird im Finanzausgleich benachteiligt (1)

Utl.: Aufkommensprinzip soll stärker berücksichtigt werden

=++++

8 #Wien, 12.8. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Finanzausgleichs brachte Wien 1982 28,4 Prozent der gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf, erhielt aber nur 23,1 Prozent zurück. Rund 4 Milliarden Schilling flossen aus Wien in andere Bundesländer und Gemeinden ab. Daraus sieht man, daß die Ballungszentren beim Finanzausgleich benachteiligt werden, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR Donnerstagabend bei einem Pressegespräch. Mayr bekannte sich grundsätzlich zu einem Ausgleich zwischen den aufkommensstärkeren und den aufkommensschwächeren Bundesländern und Gemeinden. Doch müssen in Zukunft die vielfältigen Aufgaben der Ballungszentren stärker berücksichtigt werden als derzeit. Der Finanzausgleich 1985 soll auf der Grundlage des Aufkommens erstellt werden. Das hat auch den Vorteil, daß bei der Umverteilung der Abfluß oder der Zufluß der Mittel deutlich sichtbar wird. Niemand kann dann mehr - wie vor kurzem der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Dr. Erwin PRÖLL - den Vorwurf erheben, die Ballungszentren seien im Finanzausgleich jahrzehntelang bevorzugt worden.#

Tatsächlich wurden in Wien 1982 44 Prozent der gemeinschaftlichen Bundesabgaben (13 Steuern, darunter als ertragreichste die Umsatzsteuer, die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer) aufgebracht; das waren 82 Milliarden Schilling. Davon gingen 53 Milliarden Schilling an den Bund. Von dem verbleibenden Länder- und Gemeindenanteil von 29 Milliarden kamen jedoch nur 16 Milliarden nach Wien zurück, 13 Milliarden Schilling flossen in die übrigen Länder und Gemeinden. Diese Zahlen sind allerdings - bedingt durch die Art der Steuererhebung und durch die vielen Zentralstellen in Wien - überhöht und entsprechen nicht der echten Wiener Steuerleistung. Eine grobe Bereinigung ergibt jedoch noch immer einen Abfluß von rund 4 Milliarden Schilling. (Forts.)
sc/gg

Wien wird im Finanzausgleich benachteiligt (2)

=++++

9 Wien, 12.8. (RK-KOMMUNAL) Wien brachte also 1982 28,4 Prozent der gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf, erhielt aber nur 23,1 Prozent zurück. 1955 erhielt Wien aus dem Finanzausgleich noch 29,2 Prozent, 1965 27,5 und 1975 24,7 Prozent. Der Anteil Wiens wird also immer kleiner, obwohl das hohe Wiener Aufkommen unter anderem ja dadurch zustandekommt, daß in Wien 27 Prozent aller unselbständig Beschäftigten Österreichs arbeiten - bei einem Bevölkerungsanteil von nur 20,3 Prozent.

Zwtl.: Aufkommensprinzip ist fast völlig verlorengegangen

Wie Finanzstadtrat Mayr erklärte, hat der Finanzausgleich unbestritten die Aufgabe, eine gewisse Umverteilung von den "reicheren" zu den "ärmeren" Gebietskörperschaften vorzunehmen. Er soll also einen Kompromiß zwischen den beiden Extremen Aufkommensprinzip und nivellierende Gleichverteilung darstellen. Auf der Ebene der Bundesländer ist allerdings das Aufkommensprinzip fast völlig verlorengegangen. Unter Berücksichtigung des sogenannten Kopfquotenausgleiches durch den Bund lagen die Pro-Kopf-Erträge aus dem Finanzausgleich in Vorarlberg nur um 14 Prozent, in Wien nur um 3,5 Prozent über jenen des besonders aufkommensschwachen Burgenlands.

Ähnlich verhält es sich bei den Gemeinden. In den Ballungszentren wird eine weit überdurchschnittliche Wertschöpfung erarbeitet. In den Landeshauptstädten waren es 1968 fast 48 Prozent des Bruttonationalproduktes. Die Arbeitsproduktivität (Wertschöpfung je Beschäftigtem) lag in den Landeshauptstädten um mehr als 50 Prozent über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt.

Die wirtschaftliche Leistungskraft der Ballungszentren führt zu einem hohen Steueraufkommen und daher zu hohen Einzahlungen in den Finanzausgleichstopf. Dem stehen andererseits aber auch hohe Aufwendungen der größeren Städte für die Errichtung und den Ausbau der sozialen, technischen und kulturellen Infrastruktur gegenüber, vor allem die enormen Kosten für den Nahverkehr und die Krankenanstalten. Zur teilweisen Deckung der hohen Belastungen der Ballungszentren soll im Finanzausgleich der "abgestufte Bevölkerungsschlüssel" dienen. (Forts.) sc/gg

Wien wird im Finanzausgleich benachteiligt (3)

=++++

10 Wien, 12.8. (RK-KOMMUNAL) Er sieht vor, daß ein Teil des Rückflusses an die Gemeinden durch die Gemeindegröße bestimmt wird, und zwar im Verhältnis 1 : 2 von den kleinsten Gemeinden (bis 1.000 Einwohner) abgestuft bis zu den größten Gemeinden (mehr als 50.000 Einwohner). Dieses Spannungsverhältnis ist allerdings in der Praxis durch verschiedene Bestimmungen weitestgehend verloren gegangen. Es kann daher keine Rede mehr von einer Bevorzugung der Ballungszentren sein. Gemessen an ihren Aufgaben und Ausgaben werden die großen Gemeinden in der Praxis des Finanzausgleiches vielmehr eindeutig benachteiligt.

Zwtl.: Ab- und Zufluß der Mittel soll klar ersichtlich sein

Der Wiener Finanzstadtrat forderte daher für den Finanzausgleich 1985 auf der Länderebene eine stärkere Berücksichtigung des Aufkommensprinzips. Bei den Ländern mit hohem Aufkommen könnte dann eine gewisse Abschöpfung, bei den Ländern mit geringem Aufkommen eine Aufstockung erfolgen. Eine solche Regelung macht auch klar ersichtlich, woher die Mittel kommen und wohin sie fließen. Auch bei den Gemeinden muß das Aufkommensprinzip wieder stärker zum Durchbruch kommen. Allerdings sollen bei der Ermittlung der Finanzkraft einer Gemeinde nicht nur - wie jetzt - ein Teil der Grundsteuer und der Gewerbesteuer berücksichtigt werden, sondern auch die übrigen Gemeindeabgaben, vor allem Lohnsummensteuer und Getränkesteuer. Zu starke Ungleichgewichte, die sich aus den unterschiedlichen Gemeindesteueraufkommen ergeben, sollen durch den Finanzausgleich verringert werden. Die höheren Aufwendungen der Ballungszentren sollen aber wenigstens zum Teil durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel abgegolten werden.

Das gegenwärtige Instrumentarium des Finanzausgleiches ist, so Mayr, derart kompliziert, daß in Österreich wohl nur einige Dutzend Experten in der Lage sind, das System zu durchschauen. Der neue Finanzausgleich muß daher einfacher und damit transparent sein.

(Forts.) sc/gg

NNNN

Wien wird im Finanzausgleich benachteiligt (4)

Utl.: Es verliert 10 Milliarden Schilling im "grauen Transfer"

=++++

11 Wien, 12.8. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Mayr wies auch darauf hin, daß Wien - gemessen an seinem Steueraufkommen - nicht nur im Finanzausgleich benachteiligt wird, sondern auch bei Aufwendungen, die aus dem Bundesbudget finanziert werden und deren Verteilung auf die Bundesländer nicht neutral ist. So hat man im Rathaus errechnet, daß aus Wien beträchtliche finanzielle Mittel in die anderen Bundesländer abfließen (Unterschied zwischen dem Aufkommen und dem Rückfluß, wobei das Aufkommen bereits um die Verzerrungen zu Gunsten Wiens verringert wurde). Demnach fließen aus Wien ab

- bei der Wohnbauförderung	rund 600 Millionen Schilling,
- beim Familienlastenausgleich	rund 5.300 Millionen Schilling,
- bei der Abgangsdeckung der Pensionsversicherungsanstalten aus dem Bundesbudget	rund 1.300 Millionen Schilling,
- bei den Ausgleichszulagen aus dem Bundesbudget	rund 900 Millionen Schilling,
- beim Krankenversicherungszuschuß zu Gunsten der Bauern	rund 200 Millionen Schilling,
- bei den direkten Subventionen an die Landwirtschaft	rund 1.800 Millionen Schilling.

Der sogenannte "graue Transfer" im Bundesbudget erreicht damit 1983 zu Lasten Wiens eine Größenordnung von rund 10 Milliarden Schilling. Dazu kommen Milliarden subventionen an die verstaatlichte Industrie, die nur zu einem minimalen Prozentsatz der Wiener Wirtschaft zugute kommen. (Forts.) sc/gg

NNNN

